

DER ROTE BÖRSENKRACH



Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft
Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft (RBK) 12,98 5ÖS

Hohenstauffengasse

internal
affairs

Inhalt:

- 3 *Nobelpreis*
- 5 *Europäische
Zentralbank unter
Kritik*
- 8 *Studienplankonferenz*
- 9 *Komparative
Nachteile*
- 11 *Nermuth und
800.000 Schwarze
(mit Antwort)*
- 14 *Unser neuer
Studienplan*
- 16 *Kurzmeldungen*
- 17 *Und Mathematik*

Hallo Leute!

Internal affairs: Mit ihren Aktivitäten (?) hat sich die Hohenstauffengasse wirklich einmal ein eigenes Themenheft verdient. Da wäre einmal zu loben, daß die Mathematiklehrveranstaltungen heuer so reibungslos funktioniert haben wie schon lange nicht. Der Studienplan ist großteils schon beschlossen und damit eine weitere Glanzleistung des Instituts. Zu beiden Themen gibt es entsprechende Artikel. Aber auch im gesellschaftspolitischen Bereich kommen interessante Thesen vom Institutsvorstand: Zur Frage, was 800.000 Schwarze in Österreich verändern würden, findet Ihr eine Geschichte von uns und eine Stellungnahme von Prof. Nermuth. Das Thema ist ja nicht ganz unaktuell, hat doch der Wiener Polizeipräsident in einem Interview mit dem Falter (50/98) gemeint, daß "es eine Fülle von Schwarzafrikanern gibt, die eine Familie haben und einer ordentlichen Beschäftigung nachgehen. Sie haben nur einen Nachteil: Sie fallen auf". Neben Internas enthält der RBK aber wie gewohnt eine Reihe von Artikeln zu einem breiteren Themenspektrum und so bleibt uns nur noch, Euch viel Spaß beim Lesen zu wünschen.

Euer Redaktionsteam

“Sen-sational”, “Sen & Sensibility”

(*The Economist*, 17.10.98; *Times of India*, 15.10.98)

Eine freudige Überraschung für alle, die sich nach den jüngsten LTCM Ereignissen, wo zwei Nobelpreisträger maßgeblich am Kollaps eines der größten US-amerikanischen Hedge-Fonds beteiligt waren, und das noch dazu mit den Modellen, für die sie voriges Jahr ausgezeichnet worden waren, schon die Frage nach dem (Un)Sinn des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften gestellt haben: Heuer entschied die Schwedische Akademie der Wissenschaften, den indischen Ökonomen und Philosophen Amartya Sen mit dem Nobelpreis für Ökonomie auszuzeichnen.

Theorie und Anwendung

Wie kaum einem seiner Kollegen ist Sen die seltene Kombination gelungen, sowohl in theoretischen als auch angewandten Bereichen der Wissenschaft bedeutende Beiträge zu leisten. Sein Hauptinteresse liegt in verschiedenen Aspekten des

Verteilungsproblems, und dieses ist Thema seiner theoretischen Überlegungen wie seiner angewandten Forschung.

Amartya Sen wurde 1933 in Bengal geboren und absolvierte seine akademische Ausbildung in Indien und in Cambridge (England), wo er u.a. Schüler von Joan Robinson war. Bereits mit 34 Jahren wurde er Professor an der Universität in Neu-Delhi, danach lehrte und forschte er an der London School of Economics, in Oxford und bis 1997 hatte er einen Lehrstuhl für Ökonomie und Philosophie in Harvard. Seit kurzem ist er Direktor des Trinity Colleges in Cambridge (England).

Social Choice

Seine theoretischen Beiträge zur Ökonomie liegen vor allem im Bereich der Theory of Social Choice. Er stellte die Frage, wie individuelle Präferenzen zu kollektiven Entscheidungen aggregiert, und wie verschiedene soziale Zustände evaluiert und sinnvoll miteinander verglichen werden können. Mit der Beschreibung der Bedingungen, die diese Aggregation erlauben und es ermöglichen, kollektive Entscheidungsregeln mit der Idee individueller Rechte kompatibel zu machen, fügte er der Wirtschaftswissenschaft eine neue Dimension für die ökonomische Analyse normativer Probleme zu.

Eine Anwendung der Theory of Social Choice sind konkrete Überlegungen, wie verschiedene Verteilungen von Wohlfahrt in einer Gesellschaft sinnvoll zu vergleichen sind.

Sen stellte in diesem Zusammenhang folgenden Satz auf: Wenn die Lorenzkurve für eine Einkommensverteilung y in allen Einkommensintervallen

über der Lorenzkurve einer Einkommensverteilung z liegt, dann ist y für eine große Anzahl von Wohlfahrtsfunktionen z vorzuziehen.

Schwieriger ist die Situation, wenn eine Einkommensverteilung nicht in allen, sondern nur in manchen Bereichen über einer anderen liegt. Dazu wurden von Sen Axiome formuliert, anhand welcher eine Entscheidung getroffen werden kann.

Sen entwickelte auch einen welfare index, der individuelle Vergleiche ermöglicht. In der Monographie "Commodities and Capabilities" (1985) arbeitet er heraus, daß nicht das Gut als solches Nutzen bzw. Wohlfahrt stiftet, sondern die Aktivität, für welche das Gut gebraucht wird. Güter stiften sozusagen "functional opportunities", also funktionale Möglichkeiten für Individuen, und daraus entsteht ihr Nutzen. Einkommen spielt dabei insofern eine große Rolle, als es Möglichkeiten schafft; die wirklichen Möglichkeiten, die ein Individuum hat, hängen aber noch von anderen Faktoren ab, z.B. von Gesundheit. Sen betont, daß diese Faktoren bei der Berechnung des individuellen Nutzens mitberücksichtigt werden müssen.

Was verursacht Hungersnöte?

Was Prof. Sen über die Fachwelt der Ökonomen hinaus bekannt gemacht hat, waren seine Untersuchungen der Ursachen und Hintergründe von Hungersnöten, die er in seinem berühmten Buch *Poverty and Famines: An Essay on Entitlement and Deprivation*, 1981 veröffentlicht hat.

Bis dahin war die traditionelle Erklärung für das Auftreten von Hungersnöten ein starker Rückgang im Angebot von Lebensmitteln (FAD food availability decline).

Sen behauptet, daß diese Theorie viele Phänomene vergangener Hungersnöte nicht erklären kann, wie z.B. daß Hungersnöte in Jahren auftreten, in denen das Lebensmittelangebot nicht geringer war als in den Jahren zuvor ohne Hungersnot, daß die Lebensmittelpreise in manchen Jahren sehr stark gestiegen sind, ohne daß das Angebot niedriger war als in den Jahren zuvor, daß es während allen Hungersnöten Gruppen gegeben hat, die genug Lebensmittel hatten, und daß in manchen Fällen sogar Lebensmittel aus Regionen, die gerade von Hungersnot betroffen waren, exportiert wurden.

Sen betont, daß man bei der Analyse der Ursachen von Hungersnöten jene Faktoren berücksichtigen muß, die die tatsächlichen Möglichkeiten verschiedener Gruppen in der Gesellschaft bestimmen. Hungersnöte treten auf, wenn große Teile der Bevölkerung nicht die Möglichkeit zum Zugang zu Lebensmitteln haben und nicht, weil keine Lebensmittel vorhanden sind.

So einfach diese Tatsache ist, mußte sie einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen und aufgeschrieben werden, um so zu einem anderen Ansatz in der Untersuchung der Ursachen von Hungersnöten zu führen.¹

Im Zusammenhang mit Hungersnöten weist Sen auch noch auf einen wichtigen politischen Aspekt hin: Er vertritt die These, daß eine demokratische Regierung und das Vorhandensein einer freien Presse sehr wichtige Faktoren sind, die eine Hungersnot verhindern können. In Indien gab es seit 1943 keine Hungersnot mehr, während im wirtschaftlich stärkeren China Hungersnöte zwischen 1958 und 1962 auftraten, denen im Durchschnitt 1 Million Menschen im Jahr zum Opfer fielen. Die chinesische Regierung entwickelte zwar ein System für die Lebensmittelverteilung, führte ein öffentliches Gesundheitssystem ein und baute das Bildungswesen weit schneller aus als Indien, aber, so Sen, es fehlten ein funktionierendes Informationssystem, freie Presse, Oppositionsparteien und freie Wahlen.

Auch Untersuchungen in verschiedensten Ländern Afrikas ergaben, daß in Ländern mit demokratischer Regierungsform Hungersnöte gar nicht bzw. viel seltener auftreten als in Ländern mit diktatorischem Regierungsregime.

Das ist nur ein kleiner, sehr komprimierter Teil des umfangreichen wissenschaftlichen Werks von Prof. Amartya Sen. Seine Publikationsliste umfaßt über 10 Bücher und weit mehr als doppelt so viele Publikationen in verschiedensten Journals. Wer jetzt Lust bekommen hat, sich mehr über das Werk von Prof. Amartya Sen zu informieren, sei auf die URLs

<http://www.econ.jhu.edu/people/fonseca/het/sen.htm>

bzw.

<http://www.nd.edu/~kmukhopa/cal300/calcutta/amar-tya.htm>

verwiesen.

¹ Ein Leserbrief im Economist vom 7.11.98 hat diese Tatsache treffend ausgedrückt. Sinngemäß heißt es dort, daß die Ökonomie wohl die einzige Wissenschaft ist, wo eine Person den Nobelpreis bekommt, dafür, daß auf die offensichtliche Tatsache hingewiesen wurde, daß Menschen nicht verhungern, weil es keine Lebensmittel gibt, sondern weil sie keinen Zugang dazu haben. "Still, a small step for economics is a great step for humanity"

Monitoring the ECB

*De Grauwe hält einen Vortrag in der Nationalbank
und ist nicht sehr nett zu seinen Gastgebern*

Um eine unabhängige Beobachtung des Verhaltens der Europäischen Zentralbank (ECB) zu gewährleisten, hat sich das Center for Economic Policy Research (CEPR) entschlossen, zwei Mal pro Jahr einen Bericht zu veröffentlichen, in dem die Politik der ECB evaluiert wird. An dem Projekt sind mehrere renommierte Makroökonomten beteiligt, unter anderem Paul de Grauwe, den wir ja schon von der Besprechung seines Buchs "The Economics of Monetary Integration" im Juni-RBK kennen. Bei einem Vortrag in der ÖNB stellte er den ersten Bericht den hiesigen Notenbankern vor und sparte nicht mit Kritik.

Sie umfaßt vor allem folgende Punkte:

- Die ECB ist zu wenig zentralisiert, die nationalen Notenbanken haben ein Übergewicht bei der Entscheidungsfindung.
- Es müssen auch andere Ziele verfolgt werden als nur die Preisstabilität.
- Man solle sich möglichst bald festlegen, ob man nun ein Geldmengenwachstums- oder ein Inflationsziel verfolgen will.
- Da die Geldpolitik auch von der Fiskalpolitik der 11 EMU-Mitgliedsstaaten abhängt, ist eine bessere Koordination der beiden notwendig.
- Die ECB ist für mögliche Krisen nicht ausreichend gerüstet.

*Die nächste Krise kommt
bestimmt*

Diese Designfehler führt de Grauwe auf die Schwäche des Europäischen Währungs-instituts, des Vorgängers der ECB, zu-

rück und darauf, daß die Mitgliedsstaaten der Währungsunion erst kürzlich bestimmt wurden, also die Regeln für die ECB vorher nicht festgelegt werden konnten. Potentielle Gefahr für die ECB könnte insbesondere ein Wirtschaftsabschwung sein, der die ECB unvorbereitet treffen würde. Während man bis vor kurzem noch einen Übergang zum Euro in einem rosigen wirtschaftlichen Umfeld erwartete, könnten sich nun Probleme ergeben. So wurden die Wachstumsprognosen für „Euroland“ nach unten revidiert, die Aktienmärkte verzeichneten starke Kursrückgänge und viele europäische Banken zittern um Kredite, die sie den „emerging markets“ zur Verfügung gestellt haben.

Ein zweites Risiko ergibt sich aus der dezentralen Struktur der ECB, die effiziente Entscheidungsfindung verhindern könnte. Historisches Beispiel für ein Scheitern des Föderalismus ist die amerikanische FED, die in ihren Anfängen durch widersprüchliche Interessen gelähmt war und deshalb zentralisiert werden mußte. Die 11 Notenbankpräsidenten sind nicht nur der Zahl nach stärker als die 6 Repräsentanten der ECB im Europäischen Zentralbankrat, auch die Ressourcen der 11 nationalen Notenbanken übersteigen die der

ECB bei weitem. Besonders bei asymmetrischen Schocks könnten sich Konflikte durch nationale Interessensunterschiede ergeben. Ist zum Beispiel die Konjunktur in Deutschland bereits überhitzt, während Spanien in einer tiefen Rezession steckt, werden sich durchaus Diffe-



zen bezüglich der adäquaten europäischen Geldpolitik ergeben.

De Grauwe plädiert auch für eine Publikation der Sitzungsprotokolle und die Bekanntgabe des Wahlverhaltens der einzelnen Notenbankpräsidenten, da dies versteckten politischen Druck auf ihr Stimmverhalten unmöglich macht und das Vertrauen der Bevölkerung in die ECB stärkt. Es ist auch die einzige Möglichkeit einer demokratischen Kontrolle der ECB, die ja im Gegensatz zur ÖNB nicht durch eine einfache Änderung des Notenbankgesetzes in ihre Schranken gewiesen werden kann, sondern einzig dem Vertrag von Maastricht verpflichtet ist.

Wichtig ist auch eine Bekanntgabe der Ziele der Politik der ECB, da sie die Transparenz erhöht, den Marktteilnehmern Sicherheit bietet und die Glaubwürdigkeit der ECB stärkt.

Eine Frage der Ziele...

Welche Zwischenziele soll nun die ECB verfolgen, um Preisstabilität zu gewährleisten? Die ECB hat sich noch nicht festgelegt, ob sie, wie z.B. die Deutsche Bundesbank, ein Geldmengenwachstums-, oder doch ein Inflationsziel als Strategie wählt. Was spricht nun für ein Geldmengenwachstumsziel? Es ist leichter beobachtbar und kontrollierbar, als eine bestimmte Inflationsrate, da diese nicht direkt beeinflusst werden kann. Außerdem reagiert die Inflationsrate mit einer Verzögerung von ungefähr zwei Jahren auf geldpolitische Maßnahmen, während die Geldmenge sich viel schneller ändert. Hauptargument der Verfechter dieser Vorgehensweise ist jedoch die scheinbare Existenz einer stabilen europäischen Geldnachfragefunktion.

Die Anhänger des Inflationsziels, zu denen auch De Grauwe selbst zählt, argumentieren, daß die Geldnachfrage keineswegs stabil sei, dies gelte nur, solange noch nationale Währungen bestünden und länderspezifische Idiosynkrasien sich im Aggregat gegenseitig aufheben würden. Sei die einheitliche Geldpolitik jedoch erst einmal da, wäre dies nicht länger der Fall, und die Geldnachfrage würde schwanken. Abgesehen davon hat die Bundesbank das von ihr angepeilte Geldmengenwachstumsziel in der Vergangenheit recht oft verfehlt.

...und der Regeln

Bei der Interpretation der Preisstabilität bleibt zu Beginn ein relativ großer Spielraum, da geldpolitische Maßnahmen ihre volle Wirkung erst nach etwa 2 Jahren erreichen. Die ECB kann sich also den Zeitpunkt, zu dem Geldwertstabilität erreicht wird, aussuchen und den Freiraum nützen, auch andere Ziele zu verfolgen, wie dies normalerweise „gute“ Notenbanken auch tun. Empirisch läßt sich nachweisen, das selbst die Deutsche

Bundesbank nicht nur auf Preisstabilität achtet, sondern auch auf Vermeidung von Rezessionen und die Sicherung der finanziellen Stabilität. Die Zentralbanken scheinen bis zu einem gewissen Grad der „Taylor“-Regel zu folgen, die besagt, daß die Zinssätze geändert werden sollen, wenn entweder die Inflation oder der Output von ihrem gesteckten Ziel abweichen. Wenn die Inflation das einzige Ziel der Zentralbanken wäre, wäre die Gewichtung für den output-gap 0, das ist aber auch bei der Deutschen Bundesbank nicht der Fall. 83% der Änderung der kurzfristigen Zinssätze durch die Bundesbank lassen sich anhand der Taylor-Regel erklären, es hat also wenig Sinn, das normale Verhalten der ECB verschleiern zu wollen.

Keinesfalls sollte die ECB jedoch bei der Gestaltung ihrer Geldpolitik einer derart einfachen Regel folgen, da sie erstens nur vergangene Daten berücksichtigt und andererseits Informationen, die nicht in der Inflation, bzw. im BIP enthalten sind, nicht beachtet. Sie sollte jedoch zugeben, daß die Regel zumindest als grobe Näherung an ihr Verhalten angesehen werden kann.

Die Gründe, die dafür sprechen, die Grundsätze der Geldpolitik der ECB nicht veröffentlichen zu wollen, scheinen eher schwach. Die Gegner einer Bekanntgabe argumentieren, vorhersehbare Geldpolitik habe keinen Effekt, da sie antizipiert werde. Allerdings schließt die Bekanntgabe des Verhaltens im Normalfall, die die Sicherheit der Wirtschaftssubjekte erhöht, diskretionäre Maßnahmen in bestimmten Situationen nicht aus. Ein zweites Argument der Gegner ist die Lucas-Kritik, die besagt, daß das Verhalten der Wirtschaftssubjekte sich ändert, wenn das politische Umfeld sich ändert. Zinsatzentscheidungen der ECB würden also sowohl die Ziele der ECB, als auch den erwarteten Effekt der Änderung auf die Variablen, die dadurch beeinflusst werden sollen, widerspiegeln. Dies spräche gegen eine Veröffentlichung von Regeln. Wenn jedoch die Haushalte nicht wissen, wie das Verhalten der ECB zu interpretieren ist, ob es sich nun also um einen Hinweis auf die Spielregeln, oder um eine Reaktion auf Störungen handelt, ergeben sich unnötige Unsicherheiten.

Vom Unglück der Notenbanker

Bis zu diesem Punkt des Vortrages hatte es die Notenbanker noch auf ihren Sesseln gehalten, wenn sie auch bereits schwer an der Forderung nach Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle und des Stimmverhaltens der Notenbankpräsidenten zu kauen hatten. Nun holte De Grauwe jedoch zum entscheidenden Schlag aus: Die ECB sei verantwortlich für die europäische Beschäftigung. Dies aus folgenden Gründen: Niemand möchte bezweifeln, daß Geld langfristig neutral ist, kurzfristig hat Geldpolitik jedoch gravierende Auswirkungen auf Produktion und

Beschäftigung. Da der europäische Arbeitsmarkt besonders unflexibel ist, ist er besonders anfällig für externe Schocks (Ölkrise, restriktive Geldpolitik der 90er Jahre). Jeder Schock hebt die Arbeitslosenquote auf ein höheres Niveau, von dem sie sich so schnell nicht wieder wegbewegt - kurzfristige Rezessionen haben permanente Effekte. Da die Fiskalpolitik wegen des Stabilitätspakts und der notwendigen Reduktion des Schuldenüberhangs in den nächsten Jahren ohnehin restriktiv sein wird, liegt es an der Geldpolitik, im Krisenfall einzugreifen.

Notwendig ist es allerdings, daß die Budgets in den nächsten Jahren tatsächlich ausgeglichen werden, da größere Defizite die Inflation erhöhen und die ECB zu restriktiverer Geldpolitik zwingen, was wiederum die Konsolidierung der Budgets erschwert, da erstens die Zinszahlungen steigen und außerdem das Wachstum gebremst wird.

Letzter Punkt des Vortrags war die Frage, ob der institutionelle Aufbau der ECB sich im Krisenfall bewährt, bzw. welche potentiellen Schwächen im System liegen. Besonders das Interbankenhandelssystem TARGET sei zu teuer, sodaß die Banken auf priva-

te Handelssysteme ausweichen, die jedoch im Krisenfall zusammenbrechen könnten. Außerdem kritisierte er ein weiteres Mal das zu große Maß an Dezentralisierung, das im Krisenfall zu Informationsproblemen führen und so ein ausreichend schnelles Handeln der ECB erschweren kann. Soweit zum Vortrag, die nun folgenden entrüsteten Wortmeldungen der Notenbanker will ich mangels ökonomischer Relevanz (zumindest was den Inhalt der Argumente betrifft, sicher nicht die Auswirkungen, die wir ja sehr bald zu spüren bekommen werden) hier nicht weiter anführen, amüsant wäre nur, ihre Ausführungen in englischer Sprache (soweit man das so nennen darf) wiederzugeben, was aber aus Platzgründen unterlassen wird.

¹ Taylor-Regel (John Taylor). Die Zentralbanken kontrollieren die kurzfristigen Zinssätze. Wenn die Inflation steigt, werden die Zinssätze erhöht. Wollen die Zentralbanken auch Rezessionen vermeiden, sollen sie sich an folgende Regel halten: $r = r^* - b(p - p^*) + g(Y - Y^*)$ (b,g: Gewichtung; p: Inflation; p*: Inflationsziel; Y: Output; Y*: Potentialoutput; r*: Zinssatz bei Inflation, Output gap = 0). Wenn der derzeitige Output kleiner ist als der Potentialoutput, soll Zinssatz gesenkt werden, wenn Inflation über Inflationsziel, soll Zinssatz erhöht werden.



Über Sachzwänge, Massenuniversitäten, Bakkalaureat, überflüssiges Wissen, etc. ...

Von der bundesweiten Konferenz zur Studienplangestaltung neu

Die Universität Wien veranstaltete am 20./21. November 1998 eine bundesweite Konferenz zur Studienplangestaltung nach UniStG. In ihrer ursprünglichen Konzeption sollte diese von der ÖH mitorganisierten Veranstaltung den Dialog zwischen der an der Erstellung und Begutachtung beteiligten Organe fördern. Tatsächlich stand im Mittelpunkt dieses Spektakels dann aber hauptsächlich die Frage, wie die verstärkte Einbindung der Interessen des Arbeitsmarktes in die Studienpläne und die generelle Einführung von Kurzstudien nicht nur den Fachhochschulen Konkurrenz machen, sondern auch den Weg in das Europa des Wissens ebnen soll.

Vielleicht ein bißchen spät...

Schon der Termin der Veranstaltung schien auf den ersten Blick ein wenig unglücklich gewählt, befanden sich doch knapp zwei Drittel der zu beschließenden Studienpläne zumindest in der Endphase (wenn sie nicht sogar schon beschlossen wurden). Was den Sinn dieser Tagung grundsätzlich in Frage stellen könnte, erwies sich jedoch als eher unbedeutend. Es ging nämlich weniger darum, das UniStG zu erläutern, als vielmehr auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes hinzuweisen und die Notwendigkeit der Einbindung Wirtschaftstreibender in den Studienplangestaltungsprozess in den Mittelpunkt zu rücken, um optimale Verwertungsmöglichkeiten des Produktes "UniversitätsabsolventIn" zu gewährleisten. Dieser Aspekt machte die Veranstaltung also wieder top-aktuell und da außerdem der Ruf nach dem Bakkalaureat immer lauter wird, eignet sich eine solche Tagung ja ausgezeichnet dazu die Diskussion zu beeinflussen, oder gar zu lenken.

Schon der erste Referent, Sektionschef Prof. Höllinger, gab der Konferenz diese Leitlinie eindeutig vor, indem er sein als 10minütig geplantes Impulsreferat zu einem halbstündigen Plädoyer für die Einführung des Bakkalaureats ausweitete. Interessant erscheint hierbei vor allem die Argumentation, die sich auf konstruierte Sachzwänge stützt. "Es ist nämlich so, daß das alle anderen auch planen und wir uns dessen daher nicht entziehen können.", war sinngemäß zu vernehmen. Die Einführung des Bakkalaureats, also die Möglichkeit eines Universitätsabschlusses nach 6 Semestern, würde darüber hinaus die Abbruchsquote senken. Was aber steckt dahinter? Es mag schon sein, daß es sich um

einen Mißstand handelt und daß es gilt diesen zu beheben, wenn z.B. ein österreichisches Magisterium in den USA nur als Bakkalaureat anerkannt wird. Was aber hier passieren soll, ist keine Aufwertung, sondern ein Abbau. In einer Zeit, in der Studiengebühren drohen und Schlagworte wie Überqualifikation die öffentliche Diskussion beherrschen, sind die Konsequenzen leicht auszumachen. Ähnlich den FachhochschulabgängerInnen wären AbsolventInnen mit Bakkalaureat schneller und billiger "verwertbar". Das Bakkalaureat würde an die Stelle des Magisteriums, und dieses an die des Doktorats rücken (, das Doktorat, als höchster wissenschaftlicher Ausbildungsgrad, wäre dann wohl einer Habilitation gleichzusetzen.). Aussagen wie: "Das Bakkalaureat könnte als gescheitert angesehen werden, würde auch nach dessen Einführung ein Großteil bis zum Magisterium weiterstudieren", untermauern diese Befürchtung. Es stellt sich in dieser Zeit des Sparens und Einsparens dann auch noch das Problem mit dem freien Hochschulzugang. Die Befürchtung, daß dieser in Zukunft nur noch bis zum Bakkalaureat reichen soll und Weiterstudieren, also der Erwerb von "Zusatzqualifikationen", kostenpflichtig wäre, ist wohl auch nicht so leicht von der Hand zu weisen.

...dafür mit neuen Themen

Als die größte Erkenntnis der Konferenz kann im allgemeinen bezeichnet werden, daß uns jetzt allen klar ist, daß der Erwerb sogenannter Softskills während des Studiums die wohl wichtigste Voraussetzung für das Eintreten in den Arbeitsmarkt darstellt. Der entworfene Uni-AbsolventInnen-Prototyp ist darüber hinaus etwa 24 Jahre alt und verfügt über eine bereits 15jährige branchenspezifische Berufserfahrung, ist gut, aber nicht zu gut qualifiziert und außerdem äußerst flexibel. Der endgültige Bauplan ist aber noch in Arbeit, da sich die Vertreterin vom AMS, welche Bwl für alle Universitätsstudien verpflichten wollte, und ein Vertreter der Industriellenvereinigung, welcher sich mit einer generellen Überproduktion von Wissen, welches vom Arbeitsmarkt eigentlich nicht gebraucht wird und somit überflüssig ist, konfrontiert sah, nicht einigen konnten. Abschließend ist vielleicht noch anzumerken, daß nicht nur das WiWi-Institut, sondern nahezu die gesamte Professorenschaft und Mittelbau der SoWi durch Abwesenheit glänzte und sich so, ganz besonders eindrucksvoll in der Diskussion hervortat.

Freier Handel - Bessere Welt ?

Vom Nachteil komparativer Vorteile

Immer wieder fühlen sich populäre Zeitschriften wie auch der Economist¹ bemüht, uns zu erklären, warum der freie Welthandel für alle Menschen und Länder gleichermaßen gut und wünschenswert ist. Als Standard-Argument für den freien Handel wird gerne auf die Theorie der komparativen Vorteile beziehungsweise komparativen Kosten von David Ricardo zurückgegriffen. Bereits im Jahre 1817 lieferte er „einen begeisternden Beweis dafür, dass sich die internationale Arbeitsteilung für jedes Land lohnt“.²

Das Modell

In guter ökonomischer Tradition hält Ricardo sein Modell möglichst einfach. Seine Welt beschränkt sich auf zwei Länder, A und B³, die je zwei Güter⁴ produzieren (z.B. Getreide und Computer). Alle Kosten werden in Arbeitsstunden gemessen. In einem Jahr kann eine Arbeiterin des Landes A zwei Einheiten Getreide oder vier Einheiten Computer produzieren. Eine Arbeiterin des Landes B kann im selben Zeitraum lediglich eine Einheit Computer oder eine Einheit Getreide produzieren.⁵ Um die Erklärung kurz zu halten nehmen wir an, dass jedem Land 100 Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die zu gleichen Teilen in beiden Industrien arbeiten. Das Land A kann also 200 Einheiten Computer und 100 Einheiten Getreide p.a. produzieren, während Land B lediglich je 50 Einheiten p.a. von beiden Produkten produzieren kann. Land A hat in unserem Beispiel also einen absoluten Produktionsvorteil in beiden Industrien, da es beide Güter billiger als Land B produziert. Obwohl dem so ist, profitiert Land A vom Handel mit Land B. Denn es sind nicht die absoluten Kosten die zählen, sondern die relativen. Land A hat einen größeren relativen Vorteil in der Produktion von Computern (es ist hier viermal so effizient), als in der Produktion von Getreide, in der es lediglich zweimal so effizient ist im Vergleich zu Land B. Der komparative Vorteil des Landes

A liegt in der Computerherstellung, während Land B einen komparativen Vorteil in der Produktion von Getreide hat.

Nun profitieren, Ricardos Theorie folgend, beide Länder davon, wenn sich jedes Land auf den Produktionsbereich spezialisiert, in welchem es einen komparativen Kostenvorteil besitzt, und wenn die beiden Länder Handel treiben. Was hier in der Box gezeigt wird, stellt zuerst die Steigerung der Weltproduktion durch Spezialisierung dar, wenn Land A 10 Menschen, die vorher mit der Getreideproduktion beauftragt waren, nun Computer produzieren lässt und wenn in Land B 25 Menschen, die zuvor Computer produziert haben, nun angehalten werden die Felder zu bestellen. Doch nicht die Produktion, sondern der Konsum zählt. Beide Länder können sich an mehr Computern und Getreide erfreuen, wenn sie unter Bedingungen Handel treiben, die beiden Ländern zugute kommen. Importiert Land A Getreide, dann wird es nicht mehr als 2 Einheiten Computer für eine Einheit Getreide bezahlen, da es ansonsten günstiger wäre im eigenen Land zu produzieren. B wiederum ist nicht bereit mehr als eine Einheit Getreide für einen Computer an Land A zu bezahlen. Nehmen wir an, dass

die „terms of trade“ also das Verhältnis von Export- und Importpreisen, eineinhalb Computereinheiten pro Getreideeinheit betragen und dass 33 Computer für 22 Getreideeinheiten getauscht werden.

Schlussfolgerungen

Es ist nun (siehe Box) leicht zu erkennen, dass beide Länder vom Handel profitieren. Weiters liegt der Schluss nahe, dass Importkontingente und Zölle, zum Schutz der (vielleicht erst im Aufbau befindlichen) eigenen Industrie und unter

Umständen auch der ArbeiterInnen errichtet, in Wirklichkeit zu einer Senkung des Realeinkommens führen und der „gesamten Welt“ schaden zufügen.

Nun liegen aber jedem Modell Annahmen zugrunde, die vieles in einem nicht so himmelblauen Bild erscheinen lassen wie bisher. Von der mehr oder minder absurden

Die komparativen Vorteile:

ALLEINE	Getreide	Computer
Land A	100 (50)	200 (50)
Land B	50 (50)	50 (50)
gesamt	150	250
SPEZ	Getreide	Computer
Land A	80 (40)	240 (60)
Land B	75 (75)	25 (25)
gesamt	155	265
HANDEL	Getreide	Computer
Land A	102	207
Land B	53	58
gesamt	155	265

Annahme der totalen Flexibilität, die es ohne größere Umstände ermöglicht. Arbeiterinnen aus einem Industriezweig in einen anderen zu überstellen, einmal abgesehen, gibt es doch einen zentralen Kritikpunkt, den ich nun vorstellen möchte: Dass diesem Modell konstante Skalenerträge zugrunde liegen, das heisst die Produktivität nicht von der produzierten Menge abhängt, wird nur allzu gerne verschwiegen. Angenommen in unserer Welt mit 2 Ländern werden wiederum lediglich 2 Güter produziert. Ein Gut hat steigende Skalenerträge vorzuweisen (zB ein Industrieprodukt wie Computer), ein anderes sinkende Skalenerträge (zB ein landwirtschaftliches Produkt⁶). Jenes Land, welches nun einen komparativen Vorteil in der Industrieproduktion aufzuweisen hat, darf sich glücklich schätzen, da es mit dem angenehmen Fall von steigenden Profiten bei Vergrößerung des Outputs konfrontiert wird. Die Produzentin von Getreide wird wohl oder übel schwindenden Gewinnen gegenüberstehen. Das entstandene Szenario hat nun auch einen Namen, es nennt sich Graham Paradoxon und wurde bereits in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts präsentiert. Jacob Viner, ein Ökonom der Chicagoer Schule, wollte nicht so recht glauben, was ihm hier präsentiert wurde, präzisier⁷ in seiner Publikation jedoch nur das bereits durch Graham zu Papier gebrachte.

Dramatisch ist dieses Ergebnis aber anscheinend nicht wirklich. Ricardos Theorie stellt weiterhin ein begeisterndes Plädoyer für den freien Handel dar, und vom Graham-Paradoxon hat man auch in der zur Zeit stattfindenden Aussenhandelstheorievorlesung nichts gehört. Solange gar nicht auf die Idee gekommen wird, Kritikpunkte an einer Theorie ebenso ausführlich zu

behandeln wie die Theorie selbst, scheint doch alles in bester Ordnung - Die Dritte Welt liefert billig Rohstoffe (wobei die Nachfrage trotz minimaler Kosten relativ konstant scheint), während die Industriestaaten fleißig Konsumgüter produzieren. Dass dieses System zwangsläufig zu einer Dramatisierung der wirtschaftlichen Widersprüchlichkeiten zwischen erster und dritter Welt führt, scheint zumindest mir nicht ganz unwahrscheinlich. Dass es unter Umständen doch sinnvoll sein könnte Importzölle⁸ zum Aufbau einer diversifizierten industriellen Struktur (Stichwort: Importsubstitution und Abkehr von Export-Monokultur in Form von Rohstoffen) einzuführen, sollte zumindest ungestraft gedacht werden dürfen.

¹ Economist Vol 349;Nr. 8088 Survey World Trade ppf 4

² Paul A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre 8. Auflage S. 639

³ Ricardo selbst erklärte oder besser „rechtfertigte“ mit seinem Modell vielmehr die Handelsverträge, die Portugal von englischer Seite her aufgezwungen wurden und unter anderem den wirtschaftlichen Niedergang Portugals beschleunigten.

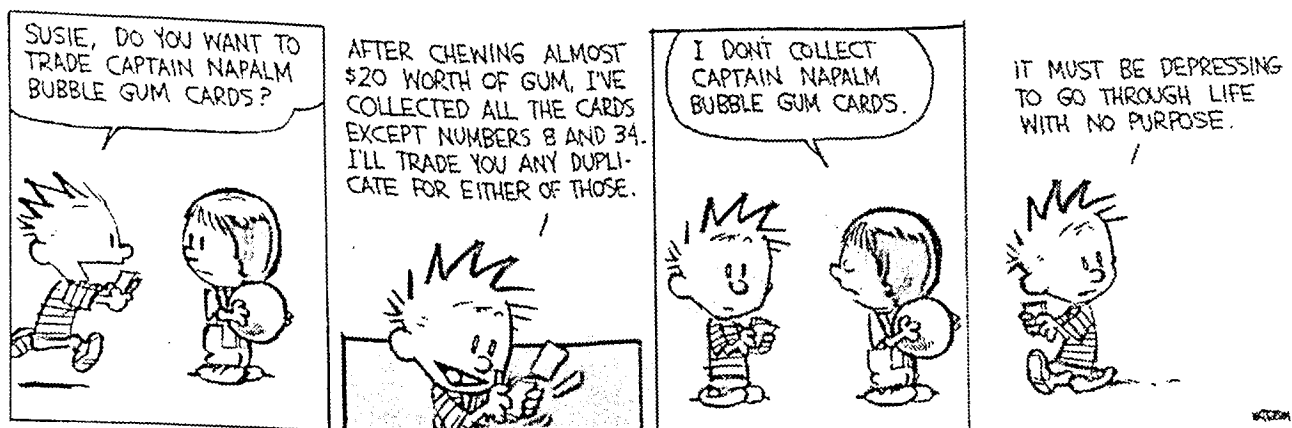
⁴ Es sei bemerkt, dass die Theorie der komparativen Kosten natürlich auch für den n-Länder und n-Güter Fall zur Anwendung herangezogen werden darf

⁵ Dieses Beispiel wurde nur mit geringfügigen Änderungen und selbstverständlich in schwungvoller Übersetzung dem in Fußnote 1 bezeichnetem Survey entnommen. Weitere Beispiele dieser Art sind in beinahe allen Lehrbüchern der VWL die sich mit der Aussenhandelstheorie (auf einführendem Niveau) beschäftigen zu finden.

⁶ Ricardo hat auch Berechnungen bzgl der Bodenrente angestellt und selbstverständlich erkannt, dass bei einer Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion schlechtere Böden bearbeitet werden müssen und dementsprechend höhere Kosten anfallen)

⁷ genauere Angaben lagen zur Drucklegung nicht vor.

⁸ Diese sollten allerdings bei gegebener Entwicklung der Industrie fallen



Kein Wohlfahrtsgewinn trotz Spezialisierung bei relativen Kostenvorteilen

800.000 Schwarze und ein weißer Nermuth:

Oder warum dieser meint, daß jene verhindern könnten, daß man mit der U-Bahn zur Uni fahren kann

Bei Studienplanverhandlungen wird nicht nur über Studienpläne gesprochen, sondern etwa auch über die Frage, welchen Einfluß das Vorhandensein von 800.000 Schwarzen auf eine Gesellschaft hat. Konkret war das ein Gespräch in kleiner Runde: Nermuth, Rosner und zwei Studienrichtungsvertreter. Rosner hat bei Gelegenheit seine These eingebracht, daß ein Studienabschluß auch ein Signal ist, welche Mindestvoraussetzungen der Absolvent erfüllt, und gemeint, daß bei Volkswirten diese Mindestvoraussetzungen nicht so streng sein müßten wie bei Medizинern, deren Handeln im schlechtesten Fall unmittelbar tödlich sein kann. Dem hat Nermuth entgegengehalten, daß seiner Einschätzung nach eine Gesellschaft gute Ökonomen viel notwendiger hätte als gute Ärzte. Soweit, so gut (wir sind ja alle gerne wichtig).

Jetzt haben wir aber, etwas polemisch, irgendwie einen Widerspruch gesehen zwischen dem ständigen Lob des US-amerikanischen Universitätssystems und der amerikanischen Ökonomen, in dem sich Professoren und Mittelbau gerne üben, und gewissen Problemen in der US-amerikanischen Gesellschaft. Als konkretes Beispiel habe ich die University of Chicago angeführt. Die Qualität ihrer Lehre und Abgänger nehme ich angesichts der großen Zahl von Ökonomie-Nobelpreisträgern in ihren Reihen als innerhalb der Profession unbestritten an. Gleichzeitig steht aber keine andere Universität mit ihrem Namen und dem ihrer Professoren, wie Milton Friedman, so stark für ein politisches Programm wie Chicago: Wirtschaftsliberalismus und weitestmöglicher Rückzug des Staates. Und Chicago hat diese Position nicht nur wissenschaftlich vertreten sondern

mit ihren Chicago-Boys auch weltweit politisch exportiert, insbesondere nach Lateinamerika, dessen Wirtschaftspolitik maßgeblich von Chicagoer Rezepten geprägt war.

Der Witz ist der, daß, polemisch gesagt, die Universität in der Konsequenz ihrer eigenen Politik leben muß: Der Campus liegt inmitten von Slums, und so werden auf dem gesamten Campus die Studierenden mit Plakaten gewarnt, aufgrund der Gefahr um Leib und Leben keine öffentlichen Verkehrsmittel durch diese Gebiete Richtung Stadtzentrum zu benutzen. Die triste Lage der Bevölkerung im südlichen Chicago und die hohe Kriminalität dort ist, meine ich, aber darauf zurückzuführen, daß die Gesellschaft in Form des Staats versäumt hat, integrierend zu wirken und soziale Unterschiede auszugleichen, eben Politiken durchzuführen, die denen der Chicago-School diametral entgegenstehen.

Da wir noch viel verhandeln mußten, haben wir an diesem Punkt die Diskussion über notwendige Mindestvoraussetzungen für Ökonomen beendet. Was Nermuth aber schon noch sagen mußte war, daß er nicht wissen möchte, wie es bei uns aussähe, wenn hier 800.000 Schwarze leben würden.

Keine political correctness...

Jetzt könnte man politisch korrekt entristet sein, daß man so etwas nicht sagen dürfe. Das soll hier aber keine Pflichtübung in politischer Korrektheit sein. Es ist zu einfach, bloß einen Katalog von Sätzen, die nicht gesagt werden dürfen, anzulegen und dann zu vergleichen, ob eine bestimmte Aussage in diesen fällt oder nicht. Vor allem wäre dieser Weg gefährlich, da solche Listen verbotener Dinge gleichzeitig die Freiheit einschränken und das Verbotene

selbst herausfordern. Dem Verbotenen könnte dann nur mit dem Verbot, nicht mit Argumenten geantwortet werden.

Die politische Korrektheit bleibt so an der Oberfläche der Aussage: Die Aussage interessiert in ihrer sprachlichen Form, die entweder korrekt oder inkorrekt sein kann (und insofern wäre Nermuth politisch korrekt, da er ja von 800.000 Schwarzen und nicht von 800.000 Negern spricht, obwohl im US-amerikanischen Kontext die Bezeichnung African-americans vorzuziehen wäre). Nun kann man über die Bedeutung der Sprache diskutieren, aber ich glaube, daß schlußendlich das Denken und die Einstellung gegenüber Menschen, die hinter der Sprache stehen, das wichtige sind.

...sondern inhaltliche Analyse

Ich möchte hier also diskutieren und nicht verbieten. Ich möchte die Aussage Nermuths ernst nehmen und sie als folgenden Satz formulieren: 'Leben in einem Gebiet große Gruppen von Menschen dunkler Hautfarbe, so trägt das maßgeblich zu hoher Kriminalität bei.' Ich habe bewußt diese Formulierung gewählt, die bloß ein Zusammenhang herstellt, über die Art der Kausalität aber nichts sagt, also statt etwa: 'Menschen dunkler Hautfarbe sind im Schnitt krimineller als Menschen heller Hautfarbe'. Dieser Sinn wäre aus Nermuths Worten genauso ableitbar gewesen, ich habe mich aber bewußt für eine schwächere Aussage entschieden. Im folgenden möchte ich die Bedeutung dieser Aussage analysieren, nicht ihre Sprache.

Sätze beziehen ihre Bedeutung nicht nur aus sich selbst, sondern auch aus dem Zusammenhang. Treffe ich als Politiker gewisse Aussagen, so geht es konkret um eine politische Umsetzung.

Wenn ich als Politiker sage, Schwarze und Kriminalität, das geht Hand in Hand, dann fridere ich, gegeben, daß ich gegen Kriminalität bin, Dinge wie etwa eine Einschränkung des Asylrechts und von Familienzusammenführungen, und, wenn die Leute schon im Land sind, vielleicht Maßnahmen wie getrennte Schulen, Busse, Warteräume, also Segregation, weiter Internierung, Ausweisung etc.

Als politische Aussage ist Nermuths Satz also untragbar, da er in der Konsequenz Maßnahmen verlangt, die Menschenrechte wie die Gleichheit aller Menschen ungeachtet rassischer etc. Unterschiede verletzen und somit gegen etwas verstoßen, was der Grundkonsens demokratischer Gesellschaften sein muß.

Was macht man mit einem solchen ad-hoc-Argument?

Der Satz stand aber in einem im weitesten Sinn wissenschaftlichen Kontext. Ausgangspunkt war ja das folgende sehr einfache Modell (einfach ist gut in bester wirtschaftswissenschaftlicher Tradition): gute Ökonomen führen zu einer funktionierenden Gesellschaft, oder als Je-desto-Hypothese: desto besser die Ökonomen, desto besser funktioniert die Gesellschaft. Mit meinem Beispiel von Chicago habe ich versucht diese Hypothese zu falsifizieren. Nun könnte man die Hypothese verwerfen. Nermuth hat aber, wieder in bester ökonomischer Tradition, der des *ceteris paribus* diesmal, sich für die Möglichkeit einer ad-hoc-Hypothese entschieden: Der Zusammenhang bestehe zwar, werde in meinem Beispiel aber von einem Vorhandensein vieler Schwarzer überdeckt, das die hohe Kriminalität bewirkt (i.e. bewirkt, daß die Gesellschaft nicht zufriedenstellend funktioniert).

Dieses ad-hoc-Argument ist bestenfalls lächerlich. In einer Wissenschaft, die das freie, rational handelnde Individuum zum Ausgangspunkt nimmt, kann man nicht mit Gruppenzugehörigkeit oder, noch stärker, mit Rassenzugehörigkeit (also der völlig unfreiwilligen Zugehörigkeit zu einer Gruppe) argumentieren, ohne den Kern der Wissenschaft zu verletzen. Nach Belieben die

Spielregeln der Wissenschaft zu ändern, mag zwar auch in der Tradition liegen, sicher aber nicht in der besten.

Das ad-hoc Argument ist aber nicht nur methodisch zweifelhaft. Inhaltlich gesehen ist es eher self-defeating: Ziel war es ja, die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaft für die Gesellschaft zu unterstreichen. Wenn bei Kritik an dieser Position sofort die Prinzipien dieser Wissenschaft verworfen werden und Zusammenhänge bemüht werden, die in direktem Widerspruch zu diesen Prinzipien stehen, dann scheint die Aussagekraft und Bedeutung dieser Wissenschaft doch eher zweifelhaft.

Nimmt man das Argument hingegen ernst, dann führt der Zusammenhang in dem oben skizzierten Modell zu einer Verschärfung der These über den ursprünglichen Wortsinn hinaus: Es besteht nicht bloß dieser Zusammenhang zwischen Menschen schwarzer Hautfarbe und Kriminalität, sondern er ist sogar so stark, daß selbst in einem Land mit so guten Ökonomen und daher, bei Gültigkeit der Hypothese, so guten Voraussetzungen für eine funktionierende Gesellschaft wie den USA, der Effekt der Hautfarbe voll durchschlägt. Vielleicht ist das Argument aber nur eine Verkürzung von 'Es gibt in den USA Spannungen, die soziale und politische Ursachen haben und die sich insbesondere, aus sozialen und politischen Gründen, in Rassenkonflikten äußern.'? Diese Interpretation wird durch die schwache Formulierung ermöglicht, die ich oben bewußt gewählt habe, und die einen Satz ergibt, dem ich in seiner Allgemeinheit und Unverbindlichkeit sogar zustimmen könnte. Ist es so eine Verkürzung? In diesem Kontext wohl nicht. Waren wir nicht gerade bei den ausgezeichneten Gesellschaftsingenieuren, die die ausgezeichneten US-Universitäten produzieren, und die, trotz ihres guten Einflusses auf ebendiese Politik und ebendiese Gesellschaft, diese Probleme nicht verhindern können? Also muß die Unterschiedlichkeit der Rassen schon einen eigenen, unabhängigen und sehr starken Einfluß haben, um alle diese positiven Faktoren zu verdrängen.

Was mich interessiert ist nicht die Sprache, sondern die Einstellung und das Denken. Die Individuen als frei und unabhängig in ihren Entscheidungen zu betrachten ist nicht bloß Ausgangspunkt der Wirtschaftswissenschaft, ein Ausgangspunkt, über dessen wissenschaftliche Fruchtbarkeit sich übrigens streiten ließe. Die Freiheit und Gleichheit des Menschen und das Anerkennen jedes Menschen in seiner Individualität ist weit mehr, es ist vielleicht das wichtigste, über das wir uns alle einig sein sollten.

POSTSKRIPT

Wenn wir schon bei unerfreulichen -ismen sind, so wären nach dieser längeren Auseinandersetzung mit der Meinung eines ordentlichen Professors und Institutsvorstands an der Universität Wien vielleicht noch einige, im Verhältnis der Bedeutung, wenige Worte zu einem Vertragsassistenten an eben dieser Universität zu sagen. Es ist uns von mehreren Seiten berichtet worden, was da auf der Homepage des Hr. Mag. Ulrich König unter 'Private' an Bildmaterial zu finden ist. Nun ist privat privat und eigentlich interessiert uns das wirklich nicht, aber es drängen sich schon einige Fragen auf, etwa welche Einstellung der Mann gegenüber Frauen hat (schließlich gibt es auch Studentinnen an der Sowi, die davon betroffen sind), warum er glaubt, das in einer offiziellen Publikation des Instituts kundtun zu müssen, welches Bild in der Öffentlichkeit von diesem Institut entstehen soll, was er in seiner Arbeitszeit macht und überhaupt zu welchem Zweck er Ressourcen der Universität zu verwenden müssen meint. Vielleicht auch Fragen, die den Vorstand dieses Instituts (siehe oben) interessieren sollten?

Wir wollten den vorhergehenden Artikel nicht veröffentlichen, ohne den Betroffenen um eine Stellungnahme zum Artikel, nicht zum Postskript, gebeten zu haben. Wenn Hr. Mag. König ebenfalls etwas zu seiner Homepage zusagen haben meint, kann er dies ja mittels dieses Mediums tun.

Liebe Kollegen,

ich danke Ihnen für die Gelegenheit, zu dem Artikel über "800.000 schwarze..." Stellung zu nehmen. In diesem Artikel werden so viele interessante Fragen angesprochen, daß ich mich dazu sehr lange und ausführlich äußern könnte; ich hoffe, Sie haben Verständnis, wenn ich mich trotzdem kurz fasse.

In der Besprechung zwischen Rosner, Traxler, Jobst und mir ging es um den Studienplan, insbesondere um die Frage des Kurssystems. Ich wies darauf hin, daß an amerikanischen Hochschulen dieses System eine Selbstverständlichkeit sei, und daß damit die besten Erfahrungen gemacht worden seien. Die Studentenvertreter wandten ein, daß man in Chicago wegen der hohem Kriminalität nicht mit der U-Bahn zur Uni fahren könne, die Kriminalität sei auf soziale Probleme zurückzuführen, diese auf schlechte (liberale) Wirtschaftspolitik, diese auf die Ausbildung der Ökonomen, - und daher könne die Ausbildung der Ökonomen, inklusive Kurssystem, doch nicht so gut sein wie behauptet.

Ich halte diese (hier nur verkürzt wiedergegebene) Argumentation für nicht schlüssig. Der Hauptgrund dafür, daß die USA bestimmte soziale Probleme haben, die wir in Österreich nicht oder nur schwächer haben, ist die ungleich

größere Heterogenität der Bevölkerung in den USA. Diese erzeugt soziale und politische Spannungen, die sich u.a. in Rassenkonflikten äußern. Gegeben das Ausmaß dieser Heterogenität, kommen die Amerikaner - trotz aller Probleme - gar nicht so schlecht miteinander aus; jedenfalls vermute ich, daß die Österreicher, konfrontiert mit einer vergleichbaren Situation, sich weniger tolerant und auch nicht mehr solidarisch verhalten würden als die meisten Amerikaner. Dies war der Sinn meiner Bemerkung: wenn man sich ansieht, wie bei uns in der Vergangenheit Minderheiten anderer Religion oder Sprache behandelt worden sind, muß man schon sehr bezweifeln, daß eine Minderheit anderer Rasse eher akzeptiert und integriert würde. Daß in Österreich solidarische Politiken eher mehrheitsfähig sind als in den USA, liegt gerade an der höheren Homogenität der Gesellschaft. Aber wenn diese Voraussetzung verschwände, dann, fürchte ich, wäre es auch mit der Solidarität nicht mehr weit her (man stelle sich z.B. eine Diskussion in Wien über die Vergabe von Gemeindewohnungen an "African-Austrians" vor!). Die Kriminalität ist im übrigen nicht die Ursache, sondern eine Folge von Diskriminierung (und hat mit der Hautfarbe per se nicht das geringste zu tun; dies nur um ganz sicher zu gehen, daß es über diesen Punkt keine Mißverständnisse gibt).

In diesem Sinne war meine Aussage eine Kritik nicht so sehr an der schwarzen Minderheit als an der weißen Mehrheit. Natürlich kann die Wirtschaftspolitik einen Beitrag zur Linderung sozialer Spannungen leisten, aber es wäre sehr naiv zu glauben, das Rassenproblem in Amerika ließe sich dadurch auf einfache Weise lösen.

Es mag sein, daß ein Politiker, der ständig der Gefahr böswilliger Fehlinterpretationen durch seine Feinde ausgesetzt ist, bei der Wahl seiner Worte ganz besonders vorsichtig sein muß (am besten mit vielen Worten nichts sagt), aber ich bin kein Politiker und will auch keiner werden. Soviel zum Hauptpunkt.

Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Punkte, zu denen etwas zu sagen wäre, hier nur ganz kurz drei:

1. "Political correctness": Ich stimme Ihrer Kritik zu, würde nur noch weiter gehen: hinter p.c. steht der Versuch, durch die Kontrolle der Wörter, die man benutzen darf, das Denken zu kontrollieren. Das ist totalitär, auch wenn es "gut gemeint" ist.

2. "Ceteris paribus": Die Wohlfahrt eines Landes hängt von vielen Faktoren ab, darunter vielleicht auch der Qualität der akademischen Forschung. Natürlich kann man den Einfluß der Wirtschaftswissenschaft auf die Gesellschaft nur cet. par. diskutieren; wenn er auch dann negativ wäre, sollten Sie Ihr Studium (und ich meinen Beruf) aufgeben.

3. Ihren Schlußsatz "Die Freiheit und Gleichheit des Menschen und das Anerkennen jedes Menschen in seiner Individualität ist vielleicht das wichtigste, über das wir uns alle einig sein sollten" kann ich nur unterschreiben.

Ihr
Manfred
Nermuth

DER NEUE STUDIENPLAN WURDE (GROSSTEILS) BESCHLOSSEN

Liebe Leserinnen und Leser! Seit Beginn der Verhandlungen zum neuen Studienplan berichtet der RBK über den jeweils aktuellsten Stand der Dinge. Oft kündigten wir einen kurz bevorstehenden Beschluß an, genauso oft wurde dieser dann verschoben. Nun ist jedoch eine Entscheidung zum Inhalt des ersten und des zweiten Studienabschnittes gefallen. Der exakte Prüfungsmodus, vor allem für den zweiten Abschnitt, bleibt jedoch noch genauso offen, wie der Überrechnungsmodus vom alten auf neuen Studienplan – der Beschluß dazu soll im Jänner fallen.

Der erste Abschnitt

Erst direkt in der Sitzung der Studienkommission (Stuko) vom 28. Oktober legte Prof. Nermuth seinen allerletzten Kompromißvorschlag vor – "Weiter kann ich nicht über meinen eigenen Schatten springen!" Da der Schatten von Nermuth ein recht kleiner ist, versuchten wir noch eine letzte Annäherung zu erzielen, die jedoch an der allgemeinen Diskussionsunlust bzw. der Feigheit mancher Kommissionsmitglieder („Kein Beschluß gegen die Stimmen von Nermuth und Dierker“), scheitern mußte. Soll heißen: Wir gaben auf und akzeptierten den Nermuth Vorschlag (wir stimmten zu, bzw. enthielten uns der Stimme). Als Niederlage unsererseits darf die Ausweitung der Mathematikstunden gewertet werden. Dies war bis zuletzt der größte Streitpunkt. Der Ausweitung der Mikro im ersten Abschnitt stimmten wir (nicht geschlossen) nur zu, da im Zweiten keine "Verpflichtung" zur Gleichgewichtstheorie vorgesehen ist (s.u.). Um die Qualität des gesamten 1. Abschnittes beurteilen zu können, muß folgendes festgestellt werden: von Seiten des Instituts wurde in Richtung einer völligen Spezialisierung auf eine Hard Core Ökonomie gedrängt. Die Forderung nach mehr Ökonomie ist

zwar berechtigt, wenn man die geringen VWL Stunden im aktuellen 1. Abschnitt betrachtet, das Nermuth & Dierkersche Konzept von nur-Ökonomie-und-sonst-nichts (mit möglichst viel formalen Fächern) ist hingegen der falsche Weg, wenn die immer wichtiger werdende Fähigkeit zum interdisziplinären Denken und Forschen bedacht wird. So gesehen ist das nun vorliegende Verhandlungsergebnis die Konsequenz aus der Tatsache, daß viele Kommissionsmitglieder mit der Idee einer Interdisziplinarität nichts anfangen können („fachfremde Lehrveranstaltungen wie Soziologie...“), bzw. daß wir uns zuwenig gegen die Spezialisierung gewehrt haben. Sieht mensch diese Ökonomie Konzentration aber als Zweck eines Ökonomie Studiums, so bietet dieser Studienplan sicher – zumindest am Papier – eine gute "Grundausbildung" in VWL. Vor allem vom Einführungsblock erwarten wir uns eine deutliche Verbesserung der Studienqualität im ersten Jahr. Aber auch die Empirische Wirtschaftsforschung wird den bisherigen Mangel an ökonometrischen Grundkenntnissen aus dem 1. Abschnitt verschwinden lassen.

Beim Prüfungsmodus wurde zwar noch kein Beschluß gefaßt, fest steht aber, daß die Diplomprüfungen in der bisherigen Form wegfallen werden. Die einzelnen Vorlesungen werden zukünftig direkt abkolloquiert, in einer Prüfung über die VO – in welcher Form auch immer. Das UniStG bietet uns Studierenden dabei aber das Recht, die Prüfung über eine Vorlesung erst im "zweiten auf die Lehrveranstaltung folgenden Semester" zu absolvieren (§29 Abs1 Z6). Bei den Übungen/Proseminaren etc. wird sich zum Status-Quo kaum etwas ändern. Wie weit eine Übung (oder ein Proseminar) Voraussetzung für eine VO-Prüfung sein wird, steht noch nicht fest (es gibt aber den Konsens, die Anmeldebürokratie und damit die Voraussetzungen abzubauen).

Ist im neuen Studienplan der erste Abschnitt nun schwieriger als bisher? Obwohl es nominell zu einer Reduktion der Stundenanzahl kommt, ist diese Frage nur schwer zu beantworten, da kaum abgeschätzt werden kann, wie weit der Wegfall der relativ großen Diplomprüfungen durch die vielen kleineren Prüfungen aufgewogen wird. Klar ist jedoch: durch das direkte Abprüfen

der Vorlesungsstunden wird es keine Luftstunden wie bisher geben (z.B. 4 Stunden für die Englisch Vorprüfung, 2st. für die Orientierungslehrveranstaltung, etc.). Wir schätzen den neuen ersten Abschnitt daher als schwieriger ein als den bisherigen. Durch den Wegfall der Diplomprüfungen und die exakte Festschreibung der Lehrveranstaltungen, wird es auch sicherlich zu einer weiteren Verschulung der ersten vier Semester kommen...

Der zweite Abschnitt.

Groß waren die Pläne. Die historische Einteilung der VWL im deutschsprachigen Raum in Theorie, Politik und Finanz sollte endlich überwunden, die Trennung in Theoretische und Angewandte Ökonomie eingeführt werden. Doch als Rosner und Co. das erste mal die Zweiteilung in "Theory" und "Applied Theory (sic!)" vorschlugen, kamen uns erste Bedenken. In unserem Modell (siehe RBK Juli 98) war überhaupt keine Trennung notwendig. Professor Clemenz haben wir nun die Beibehaltung der Dreiteilung zu verdanken. In Clemenz war nämlich über den Sommer die Überzeugung gereift, ohne Finanz (gemeint ist die öffentliche Finanzwissenschaft) geht's nicht, weshalb eine Mindestverpflichtung für Finanz her muß! Glücklicherweise über diesen Gedanken, übernahm ihn Nermuth, worauf in seinem Entwurf dann in §8 (3. Fassung; Okt 98) zu lesen war „Ökonomische Theorie 12 bis 14 Stunden, ... Angewandte Ökonomie 8 bis 10 St., ... Public Economics 8 bis 10 St.,...“. Weiters gabs noch Mindestanforderungen (je 8-10) an Ökonometrie bzw. an Wahlpflichtfächern, wo sich neben der Mathematik auch noch die „Ökonomie 2ter Klasse“, also alles was Nermuth für unwesentlich und zu wenig formal erachtet, wiederfindet. Innerhalb der einzelnen Fächergruppen, sollte es keine Verpflichtung zu einer bestimmten Lehrveranstaltung geben, so könne man z.B. in Theorie beliebige 12 Stunden absolvieren, wobei auch noch eine „Queranrechnung“ möglich sein soll. Konkret heißt das: Eine theoretisch orientierte Finanz- oder Volkswirtschaftspolitiklehrveranstaltung – was immer das auch sein mag – kann auch in Theorie angerechnet werden (keine Doppelanrechnung!).

Da der Nermuth Vorschlag noch weit von unseren Vorstellungen entfernt war, unterbrach nun Rosner die Sitzung und vertagte sie um zwei Wochen. Die zwischenzeitlich geführten Verhandlungen blieben jedoch ergebnislos. Unsere generelle Kritik am Nermuth-Entwurf wurde nicht wahrgenommen. Die Struktur der Mindeststundenanforderungen hatte in unseren Augen vor allem einen Nachteil: der Vorschlag zielte auf einen vorgeschwindelten Überblick ab, ohne Anreize für Spezialisierungen zu bieten, war relativ unflexibel und vor allem ideenlos. Unser Konzept von Fachprogrammen, also von zusammenhängenden Lehrveranstaltungen zu einem speziellen Fachgebiet (siehe letzter RBK) hätte eine perfekte Struktur für eine gezielte Spezialisierung geboten. Unser Modell wurde jedoch von den wenigen bestimmenden Spielern (vor allen Nermuth und Rosner) aufgrund technischer Details in der Umsetzung abgelehnt. Wiedereinmal fehlte unseren reaktionären Strukturtechnokraten der Mut bzw. der Wille zu einer echten Reform...

Nermuth ließ sich weder von den ungleichen Gewichtungen (mindestens 12 Theorie, aber nur je 8 Politik/Finanz) abbringen, noch von den viel zu hohen Mindestbestimmungen (Wahrscheinlich dienen die Mindestanforderungen den Theoretikern nur als Mittel, um sich über Markteingriffe Zwangsnachfrage für „ihre“ Lehrveranstaltungen zu schaffen. Die Nachfrage die der freie Markt gebracht hätte, würde wohl nicht den Überhang an Mikro-Theorieangebot legitimieren können...).

Obwohl einige andere Kommissionsmitglieder den höheren Theorie-Mindestschranken skeptisch gegenüberstanden - in der Stuko Fortsetzung am 11. November wurden die Mindestanforderungen mit den Stimmen von ALLEN sieben (!) Mittelbauvertretern (ohne -Innen) bzw. allen sieben Professoren beschlossen. Sieben Gegenstimmen kamen von uns, womit der Vorschlag 14:7 angenommen wurde. Waren die bestimmenden Profs und Rosner bisher bedacht, uns nicht einfach niederzustimmen, sondern auf einen Kompromiß abzielen, haben sie sich nun für eine Überstimmungsstrategie entschieden. Eingemauert im Elfenbeinturm der selbst kreierten und

natürlich einzigen Wahrheit, können studentische Kritikpunkte weder wahr, noch ernst genommen werden. Es lebe der Paternalismus. Wozu braucht man den schon StudentInnen zu einen Studienplan? Die Frage ist berechtigt, denn vielleicht sind von diesem Studienplan bald mehr Lehrende als Studierende betroffen...

Nach diesen Beschluß forderten dann einige Kommissionsmitglieder das Ende der Sitzung, denn man könne nicht so einfach über die Studierenden drüberfahren. Zu spät, denn das war schon geschehen! Obwohl wir sehr deutlich feststellten, daß es für uns keinen Verhandlungsspielraum in den weiteren strittigen Punkten gibt, wurde die Stuko beendet, ohne weitere Beschlüsse zu fassen.

Was noch fehlt

Hier stehen wir also. Der wohl heikelste Punkt, der Prüfungsmodus, wird wohl nächstes Mal beschlossen werden - gegen unsere Stimmen. Denn es ist nicht zu erwarten, daß sich die Kurssystembefürworter bis zur nächsten Stuko (13. Jänner) von ihrem Konzept eines verschulten Vorlesungsbetriebes (Frontalunterricht mit permanentem Abprüfen = Kurssystem) trennen werden. Unser Konzept der Fachprogramme, welches einen aus Lehrveranstaltungs- und Fachprüfungen kombinierten Prüfungsmodus vorsieht, wird zwar noch immer von einigen befürwortet, doch nur in persönlichen Gesprächen und nicht in der Stuko...

Egal was in der Stuko am 13. Jänner 1999 dann beschlossen wird: wir präsentieren Euch das Ergebnis auf einer HörerInnenversammlung Mitte Jänner (Termin wird noch angekündigt). Dort wird dann auch besprochen werden, ob wir versuchen sollten, diesen Studienplan auf bürokratischen Weg zu stoppen, oder ob wir andere Formen des Widerstands ergreifen sollen. Wer sich vorher schon erkundigen, oder seine Meinung zum neuen Studienplan vermitteln möchte, kann in der Schildburg vorbeischaun (Di 12-14h; Mi 12-14h; Do 14-16h oder bei einem RBK Plenum), anrufen (4277-19634) oder mailen (vwl@prawda.oeh.univie.ac.at). Ansonsten... bis zum Jänner.

Anmerkung: Neben sieben VertreterInnen der Studierenden sind folgenden Menschen Mitglieder der VWL-Stuko: 7 Profs: Clemenz, Dierker, Mueller, Nermuth, Streißler, Winckler, Zechner. 7 Mittelbauvertreter: Elsinger, Gugler, Kerschbamer, König, Rosner, Sorger, Stix.

[Und das ist sie, die Wahrheit]

DER ERSTE TEIL VOM STUDIENPLAN

- A. Einführung in die Volkswirtschaftslehre (10)
- B. Volkswirtschaftstheorie (16)
- C. Mathematik (10)
- D. Statistik (8)
- E. Empirische Wirtschaftsforschung (4)
- F. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre (4)
- G. Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Wahlpflichtfächer (6)
- [H. Freie Wahlfächer (13 in beiden Abschnitten)]

Im Rahmen dieser Stunden müssen mindestens 2 Stunden in englischer Sprache absolviert werden.

A. Einführung in die Volkswirtschaftslehre

- (i) Einführung in die Volkswirtschaftslehre (2 VO)
- (ii) Arbeitskreis zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre (2 AK)
- (iii) Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs (Politische Ökonomie) (2 PS)
- (iv) zwei der drei unten angeführten Lehrveranstaltungen: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (2 PS); Geschichte ökonomischer Theorie (2 PS); Formale Modellbildung in der Ökonomie (2UE)

B. Volkswirtschaftstheorie

- (i) Makroökonomie I (4 VO)
- (ii) Übung zu Makroökonomie I (2 UE)
- (iii) Mikroökonomie I (4 VO)
- (iv) Übung zu Mikroökonomie I (2UE)
- (v) Spezielle Teilgebiete der Volkswirtschaftstheorie (insbesondere Spieltheorie) (2 VO)
- (vi) Übung zu Spezielle Teilgebiete der Volkswirtschaftstheorie (2 UE)

C. Mathematik

- (i) Mathematik I (3 VO)
 - (ii) Übung zu Mathematik I (2 UE)
 - (iii) Mathematik II (3 VO)
 - (iv) Übung zu Mathematik II (2 UE)
- [Anm.: Der eigentliche Beschluß lautet Mathematik (6VO+4UE)]

D. Statistik

- (i) Statistik I (2 VO)
- (ii) Übung zu Statistik I (2 UE)
- (iii) Statistik II (2 VO)
- (iv) Übung zu Statistik II (2 UE)

E. Empirischer Wirtschaftsforschung

- (i) Einf. in die empirische Wirtschaftsforschung (Ökonometrie) (2 VO)
- (ii) Praktikum zur empirischen Wirtschaftsforschung (2 PR)

F. Einführung in die Betriebswirtschaftslehre

Lehrveranstaltungen im Umfang von 4 Semesterwochenstunden.

G. Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Wahlfächer

Die Studierenden müssen Lehrveranstaltungen über 6 Stunden aus den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern Soziologie, Politologie bzw. Betriebswirtschaftslehre (andere als die in Ziffer F genannten Lehrveranstaltungen) wählen, wobei maximal 2 Stunden Betriebswirtschaftslehre gewählt werden dürfen.

H. Freie Wahlfächer

Die Studierenden müssen irgendwann während des Studiums (nicht einzelnen Abschnitten zugeordnet) Lehrveranstaltungen über 13 Stunden aus dem Lehrveranstaltungsangebot aller anerkannten inländischen und ausländischen Universität und Hochschulen wählen (§ 4 Z 25 UniStG).

Dabei handelt es sich um die freien Wahlfächer gemäß § 13 Abs 4 Z 6.

[Noch nicht die ganze Wahrheit]

DER ZWEITE TEIL VOM STUDIENPLAN

Auszug aus dem vorläufigen Protokoll der Stuko vom 11. November.

Im zweiten Studienabschnitt sind folgende Fächer zu belegen (insgesamt 54 Stunden):

1. Ökonomische Theorie (mind. 12)
 2. Angewandte Ökonomie (mind. 8)
 3. Finanzwissenschaft (mind. 8)
 4. Ökonometrie (mind. 8)
- darin ein Praktikum/Praktika im Umfang von 4 Stunden
5. Wahlpflichtfach (mind. 8)
- (darunter fallen unter anderem: SBWL, Wirtschaftsgeschichte, Theoriegeschichte, „Wirtschaftssoziologie“, Mathematische Wirtschaftstheorie, Steuerrecht, etc.)

[Warum wir bald an der WIN oder SECS studieren]

DIE SOWI GIBT ES NICHT MEHR

Das UOG 93 beschert uns eine neue Satzung, und viele neue Namen. So müssen sich alle Institute und Fakultäten einen neuen - oder auch alten - Namen geben. Die Diskussionen im Fakultätskollegium gestalteten sich langwierig, doch schien von Beginn an festzustehen: Wissenschaften gibt es einige, doch die Sozialwissenschaften gehören nicht dazu - zumindest nicht zu uns. Diese Argumentation schien den meisten Beteiligten an dieser Sitzung einleuchtend. Dass man bei uns zwar Soziologie studieren kann, aber eben nicht Informatik, sei nur nebenbei bemerkt und es drängt sich die Frage auf wie es möglich ist, zu solch einem Ergebnis zu kommen.

Wie immer hing vieles vom Abstimmungsmodus ab und so wurden anfangs alle TeilnehmerInnen der Sitzung angehalten, ihre Vorstellung bezüglich eines perfekten Fakultätsnamen auf ein Blatt Papier zu bringen. 16 Stimmen entfielen auf den Namen Fakultät für Wirtschaft, Informatik und Gesellschaft, was angeblich einen Kompromiss in Richtung Sozialwissenschaften darstellen sollte. 14,5 Stimmen (einer Stimme war nur ein halber Wahlwille zu entnehmen) wollten die SoWi zur Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Informatik machen, 2 Stimmen waren davon überzeugt, dass die SoWi keine Namensänderung erhalten soll, weitere 2 Stimmen würden sich auf einer Fakultät für Wirtschaftswissenschaften am wohlsten fühlen (Die Hohenstauffengasse lässt grüssen). Von den restlichen

3 Stimmen wollten 2 die Fakultät mit dem Namen Wirtschaftswissenschaften, Informatik, Gesellschaft beglücken, eine Stimme sprach sich für den Namen Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften und Informatik aus. Die zwei "Siegerinnen" der ersten Abstimmung (WIGE und WIN) durften in die Stichwahl.

In einer geheimen Abstimmung ging die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Informatik als 32:8 Sieger gegenüber der Bezeichnung Fakultät für Wirtschaft, Informatik und Gesellschaft hervor (man beachte das inkonsistente Wahlverhalten). Um die englische Übersetzung wurde dann auch noch gestritten, jemand meinte es könne sich doch nur um eine "School of Economics and Computer Science" kurz SECS handeln. Eine Einigung konnte nicht erreicht werden. Die Übersetzung für Economics heisst noch immer Volkswirtschaft, und das ist unseren BetriebswirtInnen so gar nicht recht.

[Daß in der Hohenstauffengasse auch einmal die eigenen Theorien angewandt werden?]

PARETOVER-BESSERUNG BEI DER MAKRO-ÖKONOMIE

Seit diesem Semester leitet Doz. Sorger die Makro II und freut sich darüber (ab Jänner oder März -noch offen- ist er also auch für den Makro Teil der Theorie Prüfung zuständig!). Prof. Winckler muß nun nicht mehr die Euler Gleichung herleiten, worüber er sich auch freut. Statt dessen hält Georg Winckler dieses Semester eine Aussenhandelspolitik Vorlesung, was ihn sicher mehr freut, als die Wachstumstheorie (obwohl ihn das Herleiten des Hecker-Ohlinschen Theorems eher nicht recht freut). Die StudentInnen - zumindest die, mit denen wir gesprochen haben - freuen sich auf alle Fälle über die Lehr-Umverteilung. Die Situation ist also paretosuperior zu der vor einem Jahr, was wiederum viele Leute freut - vor allem jene TheoretikerInnen, die an dieses Pareto-Kriterium glauben...

STUDIENRICHTUNGSVER-TRETER STÖRT VORLESUNGS-UND ÜBUNGS-BETRIEB

Vorkenntnisse: Der aktuelle VWL Studienplan sieht 4 Vorlesungsstunden und 2 Übungsstunden Mathematik vor, die bisher immer zu gleichen Teilen auf zwei Semester aufgeteilt wurden (sprich Mathel 2VO+1UE im Wintersemester, MatheII 2VO+1UE im Sommersemester). Andererseits steht seit Beginn der Verhandlungen zum neuen Studienplan eine Ausweitung der Mathematikstunden zur Diskussion (siehe Artikel zum Studienplan).

Überraschung im Vorlesungsverzeichnis

Anfang September blätterten wir durch das Vorlesungsverzeichnis und mußten dort folgende, nicht studienplankonforme Lehrveranstaltungen finden:

Mathematik I Vorlesung für Volkswirtschaft und Statistik vier(!)-stündig, abgehalten von Bomze.

Mathematik I Übungen (eine von ?Stix und eine von Uchida) zwei(!)stündig.

Ein erstes Email an Bomze wurde noch freundlich beantwortet. Es handle sich alles um einen Irrtum, es sei keine Ausweitung der Mathe geplant. Die vier Stunden Vorlesung würden nur für StatistikerInnen als solche gelten, für VWL-StudentInnen wären die vier Stunden in 2 Stunden Vorlesung und 2 Stunden "Konversatorium" aufgespalten – so Bomze. Zu den Übungen gab es keinen Kommentar.

Egal was Bomze meinte: eines der wichtigsten Grundrechte der Studierenden, nämlich das Recht auf studienplankonforme Lehrveranstaltungen war verletzt worden. Nun wäre es eigentlich Aufgabe des Studienkommissionsvorsitzenden, in unserem Fall die Aufgabe von Peter Rosner, auf die Abhaltung von studienplankonformen Lehrveranstaltungen zu achten – doch Rosner wußte noch von nix (Mitte

September). Von uns informiert, war er zuerst erstaunt, meinte dann aber er würde sich um eine Lösung bemühen. Mittlerweile begann die Inskriptionsberatung, und wir konnten die Erstsemestrigen nur über die Falschheit der Ankündigung im Vorlesungsverzeichnis informieren. Wo, wann, mit wem und wie die Mathe dann wirklich stattfinden würde, war noch nicht klar.

Etwa eine Woche später meldete sich dann Rosner bei uns, und meinte, die Mathematik Vorlesung für WirtschaftsinformatikerInnen (von Gutjahr) wäre zwar auch vierstündig, würde aber den Stoff der Mathematik I UND II abdecken. Somit könnte die VO ja auch von den VolkswirtInnen besucht werden. Mit diesem Kompromiß waren wir zwar nicht glücklich, aber immerhin... Bei den zweistündigen Übungen konnten wir dann mit dem sehr kooperativen ?Stix aushandeln, daß er sich an der Gutjahr Vorlesung orientieren würde.

Das ganze Chaos schien sich also schön langsam zu klären. Bei der Computeranmeldung (Ende September) war dann jedoch alles anders...

Überraschung bei der Computeranmeldung

Die Übung von Stix war nicht im Computer verzeichnet. Statt dessen wurde nun ein Herr Leeb als Mathematik I Übungsleiter angegeben, und die Lehrveranstaltung war plötzlich einstündig (studienplankonform). Wir erfuhr diese Neuigkeit, nein, nicht von dem, der sie zu verantworten hatte, sondern von den ohnehin schon völlig frustrierten Erstsemestrigen. Prof. Willi "ich-bin-ja-nur-Institutsvorstand" Grossmann hatte sich eingeschaltet (!). Scheinbar hatte Bomze von der "Lösung" (die VolkswirtInnen der Gutjahr-VO zuzuordnen) gehört, und dagegen interveniert, worauf Grossmann in den Ring, genauer gesagt in den Hs.28 stieg, um dort bei der Orientierungslehrveranstaltung (OLV) für VWL die "Bomze-Lösung" zu verteidigen. Bei Bomzes VO handle es sich ja nur um 2 Stunden Vorlesung, die restlichen zwei Stunden seien nur für die StatistikerInnen relevant. Auf die Frage, bzgl. der Stoffabgrenzung für die Prüfung, meinte er aber "ein bisserl mehr Mathematik könne den VolkswirtInnen eh nicht schaden" – sic! Rosner war dann plötz-

lich auch wieder eher pro Bomze und konnte in seiner chaotischen Art nichts zur Klärung der Sache beisteuern.

Wir stellten uns nun – zugegeben – stur, aber nicht unüberlegt, auf den Standpunkt: wir wollen die Gutjahr VO! Die bisherigen Erfahrungen mit Bomze zeigten, daß er zwar kein schlechter Lehrender, bei den Prüfungen jedoch nicht der angenehmste Zeitgenosse war. Andererseits bestätigte uns auch eine Rechtsauskunft des Ministeriums: eine LV könne nicht gleichzeitig Vorlesung (für StatistikerInnen) und Konversatorium (für VolkswirtInnen) sein. Weiters sahen wir die ganze Geschichte im Kontext der Verhandlungen zum neuen Studienplan: wozu in einem Studienplan die Stundenzahl eines Fachs festlegen, wenn dann Professoren nach Lust und Laune die Dauer der Lehrveranstaltung bestimmen?

Zehn Telefonate, drei Emails und vier persönliche Gespräche später war Rosner wieder auf "unserer Seite". Doch dann tauchten neue Probleme auf – und zwar bei den Übungen.

Überraschung bei den Übungen

Uchida, war plötzlich der Meinung, daß ihre LV nur für Statistik StudentInnen sei. Gut. Somit gab es nur noch die (einstündige) Übung bei Leeb. In der Budgetkommission (die für die Bewilligung von Lehraufträgen verantwortlich ist) machten wir Prof. Grossmann auf die Angebotsverknappung aufmerksam und baten um eine zweite Übung für VolkswirtInnen. Aber Grossman war klüger: "Die eine Übung muß reichen", meinte er.

Zu Übungsbeginn drängten sich, wie von uns erwartet, 70 Leute in den Hs.23. Herr Leeb war verwundert und meinte eine zweite Übung wäre sicher sinnvoll. Als wir dann Grossmann via Email kontaktierten (und scheinbar auch Leeb schon vorgesprochen hatte), stimmte er der zweiten Übung sofort zu. Die Lösung schien nah (12.Oktober). Die VWL-Studierenden würden nun die Gutjahr Vorlesung (vierstündig, entspricht der Mathematik I&II in einem Semester) und eine der parallel Übungen von Leeb (einstündig, entspricht der Mathel. Die MatheII UE folgt dann einstündig im folgenden Semester) besuchen. Somit waren zumindest die Übungen studienplankonform.

Dann kam folgende "lustige" Situation. Ein Studienrichtungsvertreter kündigte (nachdem dies vorher schon via Flyer verbreitet wurde) in der Gutjahr VO an, daß diese LV die "Richtige" für VolkswirtInnen sei. Gutjahr schwieg, und der Studienrichtungsvertreter verließ den Hörsaal. Nach zwei Stunden kamen dann völlig entnervte Erstsemestri-ge in die Schildburg, um uns mitzu-teilen, daß Gutjahr, kaum das der StRV-Mensch aus dem Raum verschwunden war, festgestellt hat, diese Vorlesung sei eigentlich nur für Wirtschaftsinformati-kerInnen. Gutjahr weigerte sich nun scheinbar, mit dem seltsamen Argu-ment, die Winf-Studis seien genug Prü-fungsarbeit für ihn, die VolkswirtInnen von Bomze zu "übernehmen". Hinter dem Verhalten von Gutjahr stand aber vielmehr der ISOC interne Konflikt zwischen Bomze und dem Rest des Instituts. Egal. Wir verwiesen die vom Chaos frustrierten Erstsemestri-ge-ri-ge an Gutjahr. Soviel zur Vorlesung. Nebenbei machten wir in unzähligen Emails – um die letzte (?) Hürde zu überwinden – Herrn Leeb auf die didak-tischen Vorteile einer Koordinierung der Vorlesung mit der Übung aufmerk-sam. Er richtete sich nämlich nach der Bomze-VO, was zu dem Effekt führte, daß die Studis in der Übung Beispiele zu einem Stoff rechnen mußten, der vielleicht in der Bomze-, nicht aber in der Gutjahr-VO durchgenommen wur-de. Leeb wäre zwar bereit gewesen, sich an der anderen VO zu orientieren, deutete aber an, daß dies nur mit Zustimmung seines Chefs (sprich Bomze) ginge.

Mittlerweile war es Ende Oktober ge-worden und die erste Studienkommis-sionssitzung (Stuko) stand kurz bevor. In dieser Stuko (28.Okt.) brachten wir die Mathe-Causa zu Sprache. Unsere Anträge, Gutjahr als Mathe-Prüfer zu "bestellen" und Leeb auf eine Koordi-nierung mit der prüfungsrelevanten Gutjahr-VO hinzuweisen, wurde beide einstimmig angenommen. Mit diesen Beschlüssen baten wir dann noch zu einem klärenden Gespräch (4.Nov.) zwischen Rosner, Gutjahr, Bomze, Leeb und uns. Bei dem Gespräch, bei dem leider Gutjahr fehlte, behauptete nun Bomze die ganze Sache sei durch einen Ankündigungsfehlers ins Rollen gekommen. Er hätte eigentlich seine Vorlesung nur für VolkswirtInnen

(2VO+2KO) angekündigt, wer ihm die StatistikerInnen "dazugeschrieben" hätte und die Lehrveranstaltung in eine vierstündige VO umwandelte, wisse er nicht. Woher die zweistündigen Übun-gen kamen, beantwortete er genauso wenig, wie die Frage, warum die Mathe VO für StatistikerInnen nicht wie bisher gemeinsam mit den Winf-Studis (glei-che Mathematik Anforderungen im Studienplan!) abgehalten wurden (Einige Wochen später wurden dann von einer anderen Lehrperson des ISOC behauptet, die Aufstockung der Mathe-matik für VWL, sei geplant gewesen, was die seltsame Aussage von Bomze erneut in ein schiefes Licht rückt...).

Und die Überraschung zum Schluß

Wer war/ist nun Schuld an dieser ganzen Geschichte? Rosner, weil er wieder einmal bewiesen hat, daß er unfähig ist, zwischen den Kurien und Instituten zu koordinieren bzw. zu ver-mitteln? Bomze, weil er bewußt, entge-gen den Studienplanbestimmungen –so unterstellen wir hier einmal – eine Ausweitung der Mathematik für VWL vorantreiben wollte? Grossmann, weil er als ISOC Institutsvorstand zu einer rascheren Lösung hätte beitragen könn-te? Der Herr Leeb brachte noch eine andere Tätertheorie zur Sprache: "Warum", fragte Leeb im oben erwähn-ten Gespräch jenen VWL-Studienrich-tungsvertreter, der sich seit September um dieses Mathe Problem kümmerte, "warum behindern sie bis in den November den Vorlesungs- und Übungsbetrieb?" Leeb hat recht. Die Studienrichtungsvertretung ist Schuld an dem Chaos. Stimmt, wir sind die Bösen. Hätten wir im September das "Maul" (© Krenn) gehalten, wär alles glatt gelaufen. Sorry! Wenn in Zukunft irgendwer, irgendwo "seinen" Lehr-bereich ausweitet, obwohl im Studien-plan was ganz anderes steht, werden wir schweigen... vielleicht.

P.S.: Falls das alles sehr verwirrend klingt – es war für alle Beteiligten sehr verwirrend!

[Gastkommentar]

UND DIE SELBSTHILFE-GRUPPE FÜR MATHEMATIK-ENTZUG MEINT:

So sehr haben wir uns auf unser Pseudomathestudium gefreut, aber dann...

Voller Tatendrang stürzten wir uns in den Hörsaal 27 um unseren Platz in der Matheübung zu sichern. Welch' freudige Überraschung erwartete uns da: dop-pelt so viel Mathe wie im Studienplan vorgesehen. Damals war die Welt noch in Ordnung und alle glücklich und zu-frieden, aber dann...

Auf einmal maschierten sie auf, subver-sive Elemente, die sich als Vertreter-Innen unserer Interessen aufspielten, bewarfen uns mit Propagandamaterial und hetzten unentwegt gegen unsere geliebte Mathematik. Ganze 3 Stunden gönnten sie uns. Bis in den nebligen November hinein legten sie den Mathematikbetrieb lahm. "Organisierte Gehirnwäsche" in Form von Erstse-mestrigentutorien ließen uns keine Wahl, aber dann...

Die Vernunft in Form des ISOC zwang sie zum Kompromiß. Wenigstens im 1. Semester wurden uns die 4 VO Stunden gerettet, nur im 2. Semester steht uns eine Durststrecke bevor: Nur 1 Stunde Mathe UE. Wie sollen wir so Nobel-preisträgerInnen werden? Noch haben wir die Hoffnung nicht aufgegeben und beten zum Heiligen ISOC, daß er noch Extrastunden aus dem Hut zaubert.

Für unser weiteres Studium erwarten wir uns noch viel Spaß dieser Art und freuen uns auf weitere Episoden. Durch den neuen Studienplan stehen den Insti-tuten noch mehr Möglichkeiten offen in der Irreführung der Studierenden durch unkoordinierte Lehrveranstaltungen..

Vorschlag für nächstes Jahr: Nicht nur Mathe ist wichtig, wie wär's mit Mikro? Wieso verdoppeln, wenn man es auch vervielfachen kann?

Verfaßt von: Selbsthilfegruppe Mathe-matikentzug, Treffpunkt: DO: 16-17 / 17-18 Hs. 23

ANSCHLÄGE AUFS BEWUSSTSEIN

**nach Prof. Van der Bellen
und Prof. Streißler, im
Jänner mit einem
Schwerpunkt zum IWF**

was?

LILi-FEST

{Cool_Drinx} {Hot_Food} {Nice_Music: Speechless MCs,
DJ-Panda`n de Mix, LiLi-Sound-System, Spezial Guest...}

wann?

Do. 17. DEZ.

wo?

WUK

Währingerstr.59, 1090 - zu erreichen mit den Linien 5, 33, 37, 38, 40, 41, 42, U6-Volksoper; gute Nachtbusverbindungen...

warum?

Nur so zum Spaß...
(und sicher nicht wegen Wein8ten)

powered by?

LiLi>BiT+RBK+SOWISO